

Aktionsprogramm der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz 1994

Von Reiner Klingholz

Auf der von den Vereinten Nationen einberufenen Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) von Kairo im Jahre 1994 anerkannte die Staatengemeinschaft erstmals ein Recht auf „reproduktive Gesundheit“. Das heißt: auf umfassendes Wohlergehen in allen Belangen von Sexualität, Familienplanung, Schwangerschaft und Geburt – für alle.

Die Selbstbestimmung über die eigene Fortpflanzung musste über Jahrhunderte erstritten werden. Die Kairoer Konferenz markierte in diesem Prozess einen historischen Meilenstein.

Aufklärung, Verhütung und Gesundheit für alle

Pille oder Enthaltbarkeit, Kondom oder Kalendermethode – für die meisten Bewohner der Industrienationen ist es selbstverständlich, dass sie aus einem breiten Angebot von Familienplanungsmethoden wählen und frei über die Zahl der Kinder entscheiden können, die sie in die Welt setzen wollen. Frauen werden während Schwangerschaft und Geburt routinemäßig medizinisch versorgt, Neugeborene von Hebammen und Ärzten überwacht. Und in entwickelten Staaten gilt es als normal, dass Jugendliche umfassend über Sexualität wie auch über vorbeugende Maßnahmen gegen Aids und Geschlechtskrankheiten aufgeklärt werden.

Für hunderte Millionen von Menschen in den weniger entwickelten Ländern sind all diese vermeintlichen Selbstverständlichkeiten bis heute unerreichbar. Es mangelt an Information, und die Mittel zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten und unerwünschten Schwangerschaften sind oft nur schwer zugänglich. Lückenhafte medizinische Betreuung führt zu hoher Mütter- und Säuglingssterblichkeit. Gleichzeitig weisen die Bevölkerungswachstumskurven dieser Länder am steilsten nach oben.

Das Aktionsprogramm, das die Staatengemeinschaft zum Abschluss der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung 1994 in Kairo verabschiedete, sollte dieses Ungleichgewicht ändern: Das Recht auf „reproduktive Gesundheit“ wurde zur künftigen Grundlage der internationalen Bevölkerungspolitik erklärt.

Das Aktionsprogramm von Kairo – ein historischer Meilenstein

Die Kairoer Konferenz war von den Vereinten Nationen (UN) einberufen worden. Bis auf wenige Ausnahmen (Irak, Libanon, Liechtenstein, Monaco, Saudi-Arabien, Sudan) hatten alle UN-Mitgliedsstaaten Delegationen in die ägyptische Metropole entsandt. Das Aktionsprogramm, das die Teilnehmer nach intensiven Verhandlungen schließlich annahm, umfasste 115 Seiten und war als politische Leitlinie für die nachfolgenden 20 Jahre gedacht, also bis 2015.

Zwar hatten der Vatikan, das einzige Nicht-Vollmitglied mit ständigem Beobachter bei den Vereinten Nationen, und einige Staaten, vorwiegend lateinamerikanische und arabische, Vorbehalte gegen einzelne Teile des Aktionsprogramms zu Protokoll gegeben. Trotzdem hatten schließlich alle 179 teilnehmenden Länder dem erarbeiteten Schlussdokument zugestimmt.

Das Aktionsprogramm verkörperte einen Wendepunkt in der Geschichte der Bevölkerungspolitik: Erstmals rückte die Staatengemeinschaft ausdrücklich von der Idee ab, Regierungen sollten von oben herab abstrakte demografische Vorgaben erlassen, also die Bevölkerungsentwicklung nach Plan durchsetzen. Stattdessen standen Maßnahmen im Mittelpunkt, die von den individuellen Bedürfnissen von Frauen und Männern ausgehen. Der UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) bezeichnet das Aktionsprogramm deshalb als historischen „Meilenstein“, nicht nur für die Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik, sondern vor allem auch für die Rechte der Frauen.

Aus der Kairoer Definition von reproduktiver Gesundheit geht unmittelbar hervor, dass den Frauen besonderes Augenmerk gilt. Das Aktionsprogramm betont denn auch die wichtige Rolle der Frauen für eine balancierte Bevölkerungsentwicklung. Ein ganzes Kapitel in dem Schlussdokument der Konferenz ist allein der Gleichberechtigung der Geschlechter, der Gleichstellung und Stärkung der Frauen gewidmet: Frauen sollen künftig rund um den Globus in die Lage versetzt werden, über die Anzahl ihrer Kinder zu entscheiden. Sie sollen Zugang zu Bildung erhalten, Eigentum erwerben, Kredite aufnehmen und Erbrechte geltend machen können. Jede Form der Diskriminierung, Misshandlung und Ausbeutung von Frauen soll beseitigt werden.

Literatur / Links

McIntosh, Allison/Finkle, Jason (1995): Cairo Conference on Population and development: A New Paradigm? In: Population and development review. Vol. 21. No. 2.

UNFPA, www.unfpa.org/icpd/index.htm

Stand: Januar 2009

Nachdruck und Weiterverwendung des Artikels unter Angabe der Quelle erlaubt. Um Zusendung eines Belegexemplars wird gebeten.

Das Online-Handbuch Demografie des Berlin-Instituts wird gefördert von

Robert Bosch Stiftung